

## Sabine Ross

Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen  
Führungspositionen des DDR-Staatsapparates der achtziger  
Jahre

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.923>

Reprint von:

Sabine Ross, Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-Staatsapparates der achtziger Jahre, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 147-166

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Sabine Ross (1999), Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-Staatsapparates der achtziger Jahre, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.1.922>

Ursprünglich erschienen als: Sabine Ross, Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-Staatsapparates der achtziger Jahre, in: Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, herausgegeben von Peter Hübner, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 15), ISBN 978-3-412-13898-1, S. 147-166

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 15

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen  
der DDR-Geschichte, Band 4

Peter Hübner (Hg.)

# Eliten im Sozialismus

Beiträge zur Sozialgeschichte  
der DDR



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

ZZF 10529 (1188 ZZF)

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Eliten im Sozialismus :**

Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR / Peter Hübner (Hg.). –

Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1999

(Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte ; Bd. 4)

(Zeithistorische Studien ; Bd. 15)

ISBN 3-412-13898-3

© 1999 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Walter Womacka: „Unser Leben“, 1964, vierteiliges Wandbild am

Haus des Lehrers in Berlin, 125 x 7 m (Ausschnitt), Foto: Jan Buschbom, Berlin 1999

Druck und Bindung: MVR-Druck, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-13898-3

# Inhalt

PETER HÜBNER

Einleitung: Antielitäre Eliten? ..... 9

*I. Allgemeine Aspekte des „realsozialistischen“ Elitenproblems:  
Traditionen, Mentalitäten, Wertorientierungen*

ARND BAUERKÄMPER

Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft,  
Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der  
SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren ..... 37

JÜRGEN DANYEL

Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis  
der ostdeutschen Eliten ..... 67

VICTORIA KAINA/MARTINA SAUER

Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im  
gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der  
„Potsdamer Elitestudie 1995“ ..... 87

*II. Partei- und Staatsapparat*

HELGA A. WELSH

Kaderpolitik auf dem Prüfstand:

Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989 ..... 107

RUTH-KRISTIN RÖSSLER

Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz  
der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR ..... 131

SABINE ROSS

Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-  
Staatsapparats der achtziger Jahre ..... 147

RÜDIGER WENZKE

„Bei uns können Sie General werden ...“ Zur Herausbildung und  
Entwicklung eines „sozialistischen Offizierkorps“ im DDR-Militär ..... 167

JENS GIESEKE

„Genossen erster Kategorie“: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des  
Ministeriums für Staatssicherheit als Elite ..... 201

SEBASTIAN SIMSCH

„ was zeigt, daß sie ideologisch zurückgeblieben sind“.  
Personelle Grenzen der frühen DDR-Diktatur am Beispiel der  
FDGB-Funktionäre in und um Dresden, 1945-1951 ..... 241

*III. Wirtschaft*

CHRISTOPH BOYER

Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen  
Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR ..... 255

FRIEDERIKE SATTLER

Zwischen politischem Kurs und pragmatischem Zwang: Zum  
Konfliktverhalten von SED-Wirtschaftsfunktionären im  
Land Brandenburg im Krisenjahr 1947 ..... 273

GEORG WAGNER-KYORA

Loyalität auf Zeit - zur Identität der Management-Elite der  
DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren ..... 299

CHRISTEL NEHRIG

Das Leitungspersonal der Volkseigenen Güter 1945-1970 ..... 309

PETER HÜBNER

Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR ..... 325

*IV. Wissenschaft und Forschung*

RALPH JESSEN

Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und  
Identitätskonstruktionen der Hochschullehrer in West- und  
Ostdeutschland nach 1945 ..... 361

SONJA HÄDER

Sozialporträt der Pädagogischen Fakultät der Universität  
Halle-Wittenberg von ihrer Gründung 1946/47 bis zu ihrer Auflösung  
1955. Strukturwandel vs. bürgerliche Kontinuität..... 381

DOLORES L. AUGUSTINE

Berufliches Selbstbild, Arbeitshabitus und Mentalitätsstrukturen von  
Software-Experten der DDR..... 405

Anhang

Literaturverzeichnis ..... 435

Autorenverzeichnis ..... 473

SABINE ROSS

# Verhinderter Aufstieg? Frauen in lokalen Führungspositionen des DDR-Staatsapparats der achtziger Jahre

## 1. Einleitung

Die Rekrutierung von Führungspersonal erfolgte in der DDR – aufgrund des zentralistischen Staatssystems, der leitenden Rolle der Partei etc. – bekanntermaßen für alle Ebenen und Bereiche von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zentralgesteuert. Die Auswahl, Instruktion und Kontrolle des Führungspersonals stand dabei immer vor einem systemimmanenten Widerspruch zwischen Konformität und Professionalität. Trotz dieser Steuerung gelang es jedoch nicht, Frauen in größerer Zahl in Führungspositionen aller Ebenen einzusetzen, obwohl die SED zwischen 1949 und 1989 in gebetsmühlenartigem Stil immer wieder die Förderung von Frauen für Führungspositionen einklagte und zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Förderinstrumente erließ. Die Kritik an der mangelnden Umsetzung mag anhand des vielbeachteten Kommuniqués des ZK der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“ stellvertretend für die zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen und Anordnungen der SED in der Zeit vor Veröffentlichung des Kommuniqués und bis zum Ende der DDR verdeutlicht werden: „Alle Leitungen der Partei in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft, im Staatsapparat, in den kulturellen Institutionen, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen werden verpflichtet, die Beschlüsse der Partei und der Regierung zur Förderung und Entwicklung der Frauen zielstrebig zu verwirklichen und ihre Durchführung ständig zu kontrollieren“.<sup>1</sup> Warum auch diese „Instruktion“ ihr Ziel nicht erreichen konnte, legt eine bemerkenswerte Aussage von Inge Lange, der „ranghöchsten“ Frau in der DDR – sie war Vorsitzende der Abteilung Frauen beim ZK der SED – aus dem Jahre 1979 nahe. Demnach sei es, so Inge Lange, ganz klar, daß „in der in fernerer Zukunft zu schaffenden kommunistischen Gesellschaft alle Mitglieder der Gesellschaft, Frauen wie Männer, sozial gleichgestellt sein werden“ und nun, 1979, mit der Schaffung dieser Voraussetzungen begonnen werden müsse.<sup>2</sup> Auch zu Beginn ihres letzten Jahrzehnts war die DDR somit weit entfernt von der realen Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen, ob-

---

1 Die Frau – der Frieden und der Sozialismus: Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 16. Dezember 1961, Berlin 1961.

2 Ingeburg Lange, Die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitagés der SED zur weiteren Förderung der Frau. Vorlesungen und Schriften, Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1979, S. 8.

wohl in den offiziellen Verlautbarungen der Partei- und Staatsführung beides bereits seit langem als verwirklicht galt.

Im folgenden wird – auf der Basis erster Befunde aus Analysen des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrats der DDR, der als kaderpolitisches Kontroll- und Steuerungsinstrument seit Mitte der siebziger Jahre eingesetzt und genutzt wurde<sup>3</sup> – mit Hilfe der Methode der kollektiven Biographie die Sozialstruktur von weiblichen Führungskräften analysiert. In die Betrachtung werden dabei sowohl Ergebnisse aus Interviews mit Frauen in lokalen Führungspositionen<sup>4</sup> einbezogen als auch insbesondere Archivmaterialien aus dem Bestand „Büro Inge Lange“ und Materialien der ehemaligen „Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR“ (SZS). Diese hatte die offizielle Aufgabe „entsprechend der Beschlüsse zur Förderung, Entwicklung und Qualifizierung der Frauen und Mädchen sowie zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR [...], das erreichte Niveau zu erfassen und die Auswirkungen der eingeleiteten Maßnahmen zu kontrollieren“.<sup>5</sup> Sie kam dieser Aufgabe nach, indem sie in regelmäßigen zeitlichen Abständen die statistische Kennziffernsammlung „Die Frau in der DDR“ führte, die detailliert darüber Auskunft gab, wie sich die Frauenerwerbsquote im allgemeinen und in horizontaler und vertikaler Hinsicht in den einzelnen Sektoren von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft entwickelte.

## 2. Frauen und Leitungsfunktionen – Ein Widerspruch?

Betrachtet man allgemeine Indikatoren wie die Frauenerwerbsquote oder das Qualifikationsniveau, bestätigen diese das Bild der beruflichen Gleichstellung der Frauen in der DDR, die die SED in offiziellen Darstellungen und Verlautbarungen seit langem als verwirklicht propagierte. Die weibliche Erwerbsquote stieg kontinuierlich an; 1989 waren rund 92 Prozent aller Frauen im arbeitsfähigen Alter erwerbstätig oder befanden sich in einer Ausbildungssituation. Dies entsprach einem Frauenanteil an allen Erwerbstätigen, der nur unwesentlich unterhalb der 50-Prozent-Marke lag, wobei man die 1989 bei 27 Prozent liegende Quote der Teilzeitarbeiterinnen berücksichtigen muß.<sup>6</sup>

Die Partizipationsquote allein sagt jedoch nichts über die Art der Arbeit der Frauen aus. Trotz der hohen Erwerbsquote der Frauen existierte die geschlechtsspezifische – traditionale - vertikale Segmentierung der Arbeitswelt auch in den achtziger Jahren. Obwohl den Frauen vorrangig in den sechziger Jahren bislang männlich dominierte Berufsfelder geöffnet wurden, erreichte ihr Anteil in diesen Berufen bis zum Ende der DDR nur eine marginale

---

3 Siehe hierzu: Sabine Roß, „Karrieren auf der Lochkarte“. Der „Zentrale Kaderdatenspeicher“ des Ministerrats der DDR, in: Arnd Bauerkämper u. a., *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*, Berlin 1997, S. 109–130.

4 Tonbandaufzeichnungen und Transkripte im Besitz der Verfasserin.

5 Bundesarchiv (BA), DE 2, 21449, 0041428.

6 Zum Thema Teilzeitarbeit siehe: Christine von Oertzen/Almuth Rietzschel, *Das „Kuckucksei“ Teilzeitarbeit. Die Politik der Gewerkschaften im deutsch-deutschen Vergleich*, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), *Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945*, Göttingen 1997, S. 212–251.

Größe. Dies bedeutete die Weiterexistenz eines auch horizontal segmentierten Erwerbsbereichs in geschlechtsspezifischer Hinsicht.

In der Qualifikationsstruktur glichen sich die Frauenbiographien weitgehend denen von Männern an: allein in den achtziger Jahren verringerte sich der Anteil der Frauen ohne abgeschlossene Ausbildung von 41 Prozent auf 12 Prozent (1977: 44 Prozent). So waren beispielsweise Ende 1989 rund 39 Prozent der Hochschul- und rund 65 Prozent der Fachschulabsolventen weiblichen Geschlechts (wobei hier zu differenzieren ist: bestimmte, weiblich dominierte Berufe wie Krankenschwester oder Krippenerzieherin setzten den Fachschulabschluß voraus). Diese Angleichung erfolgte einerseits durch eine Vielzahl von berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen, zu denen die Betriebe per Gesetz verpflichtet waren. Andererseits zeigt sich hierin jedoch auch eine Generationenspezifität: erfolgte für die Frauen der sogenannten „Gründergeneration“ nach 1945 die Einbindung in das Erwerbsleben vorrangig unter dem Aspekt der Überwindung der Kriegsfolgen, bot sich der zweiten Generation, der „Aufbaugeneration“ der fünfziger und sechziger Jahre, die Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung und damit der sozialen Mobilität. Kennzeichnend für diese Frauen war die massenhafte Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen über den „zweiten Bildungsweg“ und der Übergang von der Erwerbsarbeit zur lebenslangen Berufstätigkeit. Mit der „Enkelgeneration“ traten dann in den siebziger und achtziger Jahren erstmals Frauen in das Berufsleben ein, die an der seit 1950 garantierten einheitlichen Bildungspolitik partizipiert hatten und in deren Selbstverständnis lebenslange Berufstätigkeit als konstitutiver Bestandteil auch des weiblichen Lebenslaufs verankert war.

Fragt man jedoch nach der positionalen Lokalisierung, so relativiert sich, auch dies ist bekannt, das Bild der beruflichen Gleichstellung. Die Repräsentanz von Frauen nahm in dem Maße ab, wie Entlohnung, Status und Einflußmöglichkeiten der Position stiegen. Somit war auch im „real-existierenden“ Sozialismus eine geschlechtspolare horizontale Segregation des Berufslebens über alle Qualifikations- und Beschäftigungsgruppen hinweg anzutreffen. Frauen übten gemessen an ihrer Qualifikation verglichen mit ihren männlichen Kollegen öfter „unterqualifizierte“, ihrem Ausbildungsniveau nicht-adäquate, Tätigkeiten aus, und ihre berufliche Karriere bzw. ihr Aufstieg in Leitungspositionen endete oftmals in der unteren oder mittleren Funktions- bzw. Hierarchieebene. Das „Recht auf Arbeit für alle“, das in der ersten Verfassung der DDR von 1949 festgeschrieben worden war, schloß damit auch in der DDR trotz des vorhandenen Potentials qualifizierter Frauen keine Chancengleichheit ein: je näher am politischen Machtzentrum des SED-Regimes, desto weniger Frauen befanden sich in führenden Positionen.

Gerade im Staatsapparat, der auf seinen einzelnen Ebenen der direkten politischen Kontrolle des Parteiapparats unterlag, und der die vorrangige Aufgabe hatte, die Beschlüsse der SED umzusetzen und zu verwirklichen, hätte die direkte und schnelle Realisierung von Gesetzen und politischen Vorgaben zur Förderung von Frauen für Leitungspositionen vortreten können und müssen. Aber auch hier zeigt sich, daß mit steigender Hierarchie ihre Zahl drastisch abnahm: von der Ebene der Sektorenleiter über die Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter zu den stellvertretenden Leitern anderer zentraler Staatsorgane bis hin zu den Ministern, Staatssekretären und stellvertretenden Ministern von 17 Prozent auf 1,5 Prozent.<sup>7</sup>

---

7 BA, DC 20, Pers. 12.

Die Zahl der Frauen in leitenden Positionen war zudem – wie in nahezu allen anderen Industriestaaten der Welt – abhängig vom jeweiligen Sektor des Berufsbereichs und der Hierarchieebene. In Branchen, in denen traditionell mehrheitlich Frauen tätig waren, wie Handel, Dienstleistung und Bildung, befanden sich auch mehr Frauen in leitenden Positionen als in Branchen mit traditionellen Männerberufen.

Im Vergleich dazu war die Quote unter den Bürgermeistern relativ hoch. Im Gründungsjahr der DDR waren 276 Frauen als Bürgermeisterinnen tätig (der Anteilswert fehlt hierfür, er dürfte jedoch unter fünf Prozent gelegen haben). 1970 betrug der Anteil bereits 18 Prozent, 1982 bereits 27,2 Prozent, 1986 rund 30 Prozent, 1987 erreichte er 31,2 Prozent und 1989 lag er bei über 34 Prozent.

Die Frage stellt sich, warum Frauen gerade auf der lokalen Ebene so massiv in die Leitungsfunktionen vorrückten. Erklärungsversuche, die die geringen Macht- und Handlungsbefugnisse sowie die Feminisierung des Berufs in den Blickpunkt stellen, haben zwar sicherlich ihre Berechtigung, sind jedoch zu eindimensional.<sup>8</sup> Denn bekanntlich waren die Macht- und Handlungsbefugnisse mit steigender Hierarchie nicht zwangsläufig größer. Die Frage ist vielmehr, warum gerade an einer Stelle, die gewissermaßen das Scharnier zwischen dem Partei- und Staatsapparat und dem direkten Kontakt mit den Einwohnern und Einwohnerinnen bildete, verstärkt Frauen zum Einsatz kamen und wer diese Frauen waren.

### 3. Aufgaben und Tätigkeitsbereiche der Bürgermeister

Den Kommunen kam in der DDR entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus grundsätzlich keine eigenständige politische Bedeutung zu. Die politische Unterstellung der Gesellschaft unter und durch Partei und Staat zeigte auch hier ihre Wirkung.<sup>9</sup> Ein Konsortium von örtlichen Volksvertretungen (Gemeindevertretungen), Direktoren/Vorsitzenden der Betriebe, Vorständen der Genossenschaften und Bürgermeistern hatten die örtlichen Belange im Sinne der Vorgaben der SED zu leiten. Dies geht deutlich aus dem „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR“ vom 4. Juli 1985 hervor. Absatz 1 des Paragraphen 62 dieses Gesetzes nannte als spezielle Aufgaben der Bürgermeister: „Im Auftrage der Volksvertretungen und der Räte der Städte und Gemeinden tragen die Bürgermeister eine hohe Verantwortung für die Durchsetzung der sozialistischen Kommunalpolitik. Die Bürgermeister gewährleisten eine lebensverbundene, initiativreiche und kollektive Arbeitsweise der Räte und treffen alle zur Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretungen und des Rates erforderlichen Entscheidungen. Sie festigen das Vertrauensverhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und seinen Bürgern, entwickeln eine ideenreiche Öffentlichkeitsarbeit und organisieren die aktive Einbeziehung der Bürger in die

---

8 So u. a.: Irene Dölling, Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch, in: *Utopie kreativ* 7, 1991, S. 25–32, hier Anm. 5, S. 27.

9 So u. a.: Sieghard Neckel, Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: *Zeitschrift für Soziologie* 21, 1992, H. 4, S. 252–268, hier S. 253. Siehe auch: Sabine Lorenz/Kai Wegrich, Lokale Ebene im Umbruch: Aufbau und Modernisierung der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APZ)*, B 5/98, S. 29–38, hier S. 29f.

Lösung der staatlichen Aufgaben. Zur Einhaltung der Stadt- und Gemeindeordnungen sind die Bürgermeister berechtigt, den Betrieben, Betriebsteilen, Genossenschaften und Einrichtungen sowie Bürgern Auflagen zu erteilen“.<sup>10</sup> Die Verantwortung, die den Bürgermeistern hierbei zukam, verdeutlicht auch die Aussage von Erich Honecker auf dem XI. Parteitag der SED: „Um die sozialistische Demokratie weiter zu entfalten, ist das Miteinander der örtlichen Staatsorgane, der Bürger und ihrer Volksvertretungen von großem Gewicht. Viel hängt dafür von der Arbeit der Bürgermeister ab. Regelmäßige, rechtzeitige und konkrete Information der Bürger über jene Fragen, die ihre örtliche Lebenssphäre betreffen, beteiligt sie frühzeitig an Entscheidungen und Lösungswegen.“<sup>11</sup> Zu beachten ist hierbei jedoch, daß einige der in den Gemeinden anfallenden Aufgaben, wie beispielsweise die Verantwortung für Kultur-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, von volkseigenen Betrieben wahrgenommen wurden, während andererseits „Kontrollaufgaben (Preis- und Sortimentskontrolle) und die örtliche Versorgungswirtschaft (Dienst- und Reparaturleistungen)“ zum Aufgabenbereich der Kommunen zählten.<sup>12</sup>

Im Alltag der Bürgermeister bedeuteten o. g. Vorgaben jedoch die nahezu vollständige Zuständigkeit für alle Belange des täglichen Lebens in der Gemeinde. „Alles, was die Bürger bewegt – im Großen wie im Kleinen, in der Politik wie im alltäglichen Leben, ihre Interessen, Sorgen und Probleme und die Aufgaben des Jahresplanes sind miteinander in Einklang zu bringen. Das ist ein Anspruch für den Bürgermeister.“<sup>13</sup> Dies war keine einfache Aufgabe, wie Interviews mit ehemaligen Bürgermeisterinnen deutlich belegen. Vor allem der zuletzt genannte Punkt, die Interessen der Bürger mit den Aufgaben des Jahresplanes in Einklang zu bringen, stieß oftmals an die Grenzen der Machbarkeit. So, um ein sicherlich kurioses Beispiel zu nennen, erzählte eine interviewte Bürgermeisterin von der Vorgabe eines Volkswirtschaftsplans, wonach ihre Gemeinde im betreffenden Jahr 25 Tonnen Pflaumen abzuliefern hatte, obwohl es in der gesamten Gemeinde nahezu keine Pflaumbäume gab.

Die Aufgaben der Bürgermeister, ohne sie hier im einzelnen alle nennen zu können, reichten von Verwaltungsaufgaben und allgemeinen Aufgaben im Zusammenhang mit der Gemeinde bis weit in den Alltag der Einwohner hinein, wobei die Größe der Gemeinde oder Stadt einen Einfluß auf die jeweils vollzogene „Bürgernähe“ und damit auf den Aufgabenkanon hatten. „*Naja*“, so die ehemalige Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde im Bezirk Frankfurt/Oder, „*was haben wir damals alles gemacht: Rente ausgezahlt und, das haben wir jeden Monat gemacht, Gemeindesteuern kassiert, Hundesteuern kassiert, [...] das hat man ja alles bar kassiert. Dann hatten wir ja so zwei Kandidaten, die konnten partout nicht mit ihrem Geld umgeh'n, deren Rente haben wir dann einbehalten, und die kamen dann alle zwei Tage und haben sich 20 Mark geholt, dann haben wir so'n Heft geführt, die haben dann unterschrieben und manchmal, wenn das Geld dann alle war, standen die da und haben gebettelt und gemacht, und die waren auch geistig nicht in Lage, sich das Geld ein-*

10 Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Juli 1985, in: Gesetzblatt der DDR, 1985, Teil I, Nr. 18, S. 213–236, hier S. 230.

11 Der Bürgermeister – Aufgaben, Arbeitsweise, Erfahrungen, hg. v. einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Steinkopf, Berlin 1987, S. 7.

12 Hellmut Wollmann, Transformation der ostdeutschen Kommunalstrukturen: Rezeption, Eigenentwicklung, Innovation, in: ders. u. a., Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 259–327, hier S. 264.

13 Der Bürgermeister, S. 8.

zuteilen, sowas hat man dann halt auch gemacht. Oder sich darum gekümmert, daß die Winterkartoffeln, daß das jeder halt auch gekriegt hat, so ja, Kohlen, gerade für solche, die sich nicht drum kümmern konnten. Oder wenn einer schon die ganze Woche nicht zu sehn war. Dann mußt man auch mal in die Wohnung reingeh'n und mal gucken und was macht er denn? Und dann hatten wir die [...], die wurde dann auch immer verrückter, die ist jetzt im Altersheim, da ging's halt auch drum, da zu schlichten. [...] Dann hatten wir auch noch jemand, der hat dann immer Altstoffe gesammelt, und dann mußten wir auch sehen, daß da jemand kam, der das abholte, na und so was alles, Streuen, Winterdienst, Streusand.“ Die hier von einer ehemaligen Bürgermeisterin genannten Aufgaben ließen sich um viele erweitern, beispielsweise die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Freizeitgestaltung (Grillabende, Kameradschaftsabende der Feuerwehr, Rentnerausflüge etc.). Hinzu kamen Sondereinsätze diverser Art und Weise; so berichtete eine Bürgermeisterin: „Mensch, da kriegten wir 'n Anruf im Büro, da durften wir als Bürgermeister überhaupt nicht aus dem Büro. Da mußten wir nachts im Büro schlafen. Und zwar mußten wir da zu den alten Leuten geh'n, die alleinstehend sind, ob die nicht einfrieren, ob die Kohle oder Holz haben.“

Standen Wahlen an, kamen auf die Bürgermeister eine Reihe von Aufgaben zu: „Na, erstmal mußte man ja einen Wahlvorstand zusammenkriegen, das will auch immer keiner machen. [...] Einen Tag vorher, wenn die ganzen Wahlunterlagen da waren und die Urne, mußte [das] von der Feuerwehr die ganze Nacht bewacht werden, da mußte einer die ganze Nacht im Büro sitzen und, war das immer ein Theater, um sechs mußte aufgeschlossen werden, die Erstwähler mußten einen Strauß kriegen und dann mußte noch das Kollektiv, wenn das dann geschlossen [wählen] gegangen ist, das mußte dann gemeldet werden. Meldung gab's, Meldung über Meldung. Drei Tage vor den Wahlen mußte denn irgendwas gemeldet werden, voraussichtliche Nichtwähler, und dann kamen die am Tag nochmal, irgendwelche vom Kreis und sind nochmal zu den Nichtwählern hingegangen und wollten die noch überreden oder so. Alle Stunde mußte dann durchgemeldet werden.“ Die voraussichtlichen Nichtwähler kannte die Bürgermeisterin bereits, da diese sich bereits im Vorfeld der Wahlen hierzu geäußert hatten: „also wenn ihr uns hier jetzt nicht den Ofen hier einbaut, dann, ick geh nich wählen. – Man hatte schon so seine Pappenheimer, die man alle schon kannte. Man wußte auch, wer der erste ist im Wahllokal, das war dann, Jungwähler, die mußten dann auch einen Strauß kriegen. Das war schlimm mit den Meldungen. [...] Dann mußte man das auch wieder melden, also die Brigade so und so ist geschlossen um 6 Uhr wählen gekommen, man mußte das immer zum Kreis hoch melden. [...] Um das Wahlergebnis ging's gar nicht, es ging nur um die Wahlbeteiligung. [...] Nachmittags war dann meistens nichts mehr los. Aber man mußte dann trotzdem noch so seine Meldung machen alle Stunde: ‚alles in Ordnung und Wahllokal geschlossen‘. Und dann ganz schnell nach'm Kreis fahren und das hoch bringen.“

Hier wird das Spannungsfeld, in welchem die Bürgermeister täglich agierten, besonders transparent. So hatten sie einerseits dafür zu sorgen, daß eine möglichst hohe Wahlbeteiligung in ihrer Gemeinde erreicht wurde. Gelang ihnen dies nicht, so konnten sie hierfür von der zuständigen SED-Parteileitung gemäßregelt werden. Resultat konnte dann u. a. sein, daß die Möglichkeit, weitere Gelder für die Gemeinde zu akquirieren, beschnitten wurde. Andererseits hatten die Einwohner der Gemeinden, wie obiges Zitat zeigt, gerade an dieser Stelle die Möglichkeit, ihre eigenen Wünsche nachhaltig einzubringen. Wollte die Bürgermeisterin diese Wünsche realisieren, brauchte sie hierzu finanzielle Mittel, die sie unter Umstän-

den jedoch nur bekam, wenn sie ihre Aufgabe, in diesem Fall eine hohe Wahlbeteiligung, erfüllte. Eine Bürgermeisterin berichtete davon, daß sie von einem Einwohner, der sich an den Wahlen nicht beteiligen wollte, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden, unter Androhung von körperlicher Gewalt von seinem Hof „geworfen“ wurde, da sie seinem Begehren nach Hilfe bei der Instandsetzung seines Daches nicht nachkommen konnte.

Entscheidend für die alltägliche Arbeit war vor allem die Existenz eines örtlichen Beziehungsnetzwerkes. Im Rat der Gemeinde, dem die meisten der örtlichen „Honoratioren“ angehörten, hatte der Bürgermeister das gleiche Stimmrecht wie die anderen Ratsmitglieder. Hier kam es darauf an, daß die eigenen Vorstellungen so vorgetragen wurden, daß die anderen Ratsmitglieder sich hiermit einverstanden zeigen konnten und ihnen zustimmten. In diesem Zusammenhang spielte es eine große Rolle, inwieweit man über die „richtigen“ Netzwerke und Verbindungen verfügte. So äußerte die jüngste interviewte Bürgermeisterin, daß es von großem Wert für sie war, wenn die „einflußreichen“ Personen sich hinter sie stellten, da dies dann die Entscheidung der anderen Ratsmitglieder beeinflussen konnte. *„Und der LPG-Vorsitzende war doch Mitglied im Rat, das war doch meine rechte Hand, das waren doch alles meine Finger, die Betriebe, die hatt' ich alle beisammen gehabt, die alle, Baubetrieb, die LPG haben uns die Technik gegeben“*, so eine andere ehemalige Bürgermeisterin einer Gemeinde im Bezirk Frankfurt/Oder. Ohne diese Zusammenarbeit hätten die Bürgermeister manche der an sie gerichteten Erwartungen, sei es von den Einwohnern oder von der SED, nicht erfüllen können. Beispielsweise verlangte der Bau eines Freizeitheimes die Mithilfe der LPG und den Einsatz ihrer Maschinen. Die ortsansässigen Betriebe waren zwar „von oben“ gesetzlich verpflichtet, bei der Lösung der kommunalpolitischen Aufgaben mitzuarbeiten.<sup>14</sup> Materieller, zeitlicher und personeller Umfang dieser Mitarbeit mußten jedoch in „Verhandlungen“ der örtlichen Volksvertretungen mit den Leitern der Wirtschaftseinrichtungen in den jeweiligen Einzelfällen „ausgehandelt“ und vereinbart werden. Von großem Vorteil zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen (der Bürgermeisterinnen) war hierbei besagtes Beziehungsnetzwerk. In diesem Sinne äußerte sich eine der Bürgermeisterinnen auch in pragmatischer Weise: *„du hast ja keinen Handwerker gekriegt, wenn du nicht Beziehungen hattest“*. Vor allem den gewerblichen Betrieben kam im Hinblick auf die Beschaffung von Ressourcen eine herausragende Bedeutung zu. Allerdings gerieten Bürgermeister und Räte dadurch in teilweise beträchtliche Abhängigkeiten.<sup>15</sup>

Diplomatie und Kommunikationsfähigkeit gepaart mit einer Portion Durchsetzungsvermögen und den richtigen Beziehungen erwiesen sich als wichtig, um im Spannungsfeld zwischen den Wünschen und Forderungen der Einwohner einerseits und den Vorgaben der SED andererseits zu bestehen – dies waren gewissermaßen die notwendigen Zutaten eines Rezeptes für die Durchführung der täglichen Belange. Zudem war eine Portion Eigeninitiative notwendig und oftmals auch die einzige Möglichkeit, bestimmte Dinge in der Gemeinde verwirklichen zu können. So berichtete eine Bürgermeisterin, daß sie die Bürgersteige in Eigeninitiative mit Betonplatten hatte belegen lassen. Die hierfür notwendigen Betonplatten holte sie gemeinsam mit einem anderen Ratsmitglied aus einem Waldgrundstück, wo diese nach ihrem Abriß auf einem nahegelegenen Flugplatz zur Lagerung gebracht worden waren. Ebenso war es, neben den allgemeinpolitischen und –gesellschaftlichen Bedingungen, oft der Eigeninitiative und Argumentationsleistung der Bürgermeister

14 Vgl.: Das schwere Erbe des Zentralismus. DDR-Städte im Rückblick, bearb. v. Bernd Eienenkel/Thomas Thierbach, Köln 1990.

15 Wollmann, Transformation der ostdeutschen Kommunalstrukturen, S. 263.

geschuldet, ob diese neben ihrem Jahresetat noch weiteres Geld für ihre Gemeinde zur Verfügung gestellt bekamen. „*Rührte man sich, bekam man was, rührte man sich nicht, pasierte auch nichts.*“

Neben den Verwaltungsaufgaben und der Erfüllung der Einwohnerwünsche hatten die Bürgermeister eine Reihe weiterer Verpflichtungen. Einmal im Monat kamen alle Bürgermeister beim Ratsvorsitzenden des Kreises zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die künftigen Aufgaben diskutiert, Beschlüsse erläutert und die Umsetzung der Vorgaben der SED beschlossen wurden. „*Da hat man schon immer alles gesagt bekommen, was zu machen ist. [...] Da wurde immer alles besprochen, was, zum Beispiel, daß wir uns nochmal beschäftigen, wie kriegen wir unsere Dörfer schöner, oder wie kriegen wir unsere Jugend in den Griff oder wie versorgen wir unsere alten Leute besser.*“

Einmal pro Jahr traten die Bürgermeister des ganzen Bezirks zusammen. „*Erst Forum, dann Tagung und abends große Feierei, da lernte man sich kennen.*“ Auf diesen Zusammenkünften erfolgten die Instruktionen für das nächste Jahr, die Berichterstattungen über das vergangene Jahr und nicht zuletzt wurden diese Versammlungen dazu genutzt, sich kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Auch aus dem Zusammenschluß von Gemeinden zu einem Gemeindeverband ergab sich eine Reihe von Aufgaben, zu denen die Bürgermeister zusammenkommen mußten. Der Gemeindeverband bot Gemeinden die Möglichkeit, kommunalpolitische Aufgaben, die aufgrund geringer Geldfonds, Mittel oder Kapazitäten nicht zu lösen waren, gemeinsam zu bewältigen, beispielsweise den winterlichen Streudienst oder die Straßenpflege, die Instandhaltung und Modernisierung von Wohnraum. Die Lösung dieser Gemeinschaftsaufgaben bedeutete in jedem Fall jedoch eine Reihe von Koordinationsversammlungen, zu denen die Bürgermeister zusammenkommen mußten.

Für Bürgermeister, die erst kurze Zeit in dieser Funktion tätig waren, wurden Mentoren bestimmt, die diesen Neulingen bei allen Fragen und Problemen beratend zur Seite stehen sollten. Oftmals waren diese (meist männlichen) Mentoren Personen, die in der Gemeinde über eine einflußreiche Position verfügten. Sie waren auch oft diejenigen – so die Tendenz aus den Interviews –, die den Einsatz der neuen Bürgermeisterin oder des neuen Bürgermeisters angeregt und protegiert hatten.

Auch wenn der Arbeitstag der Bürgermeister nicht an einer „Stechuhr“ begann, war eine regelmäßige Arbeitszeit und ein „bürgerfreies“ Wochenende nicht immer gewährleistet. Trotz dieser zeitlichen Belastungen bot die Funktion – wie noch zu zeigen sein wird – eine gewisse Möglichkeit, den Arbeitstag selbständig einzuteilen und auch auf eigene familiäre Verpflichtungen Rücksicht zu nehmen. Auch in finanzieller Hinsicht war die Funktion – so die Aussagen der Interviewten – gut dotiert. Rund 1000 Mark erhielten die Bürgermeisterinnen von kleinen Gemeinden monatlich, wobei dieser Betrag sich mit der Größe der Gemeinde erhöhte. Vergleicht man diese Angabe mit den Monatsbezügen von Arbeitern in der LPG oder in der Industrie, so zeigt sich, daß die Gehälter der Bürgermeister sich im Mittel bewegten.<sup>16</sup>

„Seele“ und „Organisationstalent“ der Gemeinde – so charakterisierten die Bürgermeisterinnen sich selbst im Rückblick. Ob dies die Einwohner der entsprechenden Gemeinden

---

16 Natürlich muß man berücksichtigen, daß z. B. Arbeiter in den LPG noch Prämien und Zuschläge erhalten konnten, die ihren Lohn dann erheblich steigerten.

ebenso wahrnahmen, bleibt offen. Angesichts der geschilderten Aufgaben und Pflichten scheint zumindest die zweite Charakterisierung der Realität nahe zu kommen.

#### 4. Sozialstruktur der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen

Die folgenden ersten Befunde betreffen die Gruppe der 2 573 Bürgermeisterinnen von 1989, die quantitativen Angaben wurden überwiegend aus dem bereits genannten Zentralen Kaderdatenspeicher des Ministerrats der DDR bzw. den Arbeitskräftedatenspeichern gewonnen (Jahgangsdatei 1989).<sup>17</sup> Folgende Tabelle zeigt die Position und den Tätigkeitsbereich, den die Bürgermeisterinnen im Jahre 1989 auf den einzelnen Ebenen innehatten<sup>18</sup>:

Tabelle 1

##### Tätigkeitsbereich/Position der Bürgermeisterinnen 1989

Tätigkeitsbereich/Position	Häufigkeit	Prozent
Rat des Bezirks	32	1.2
Nomenklatur Rat des Kreises	2302	89.5
Nomenklatur Rat der Stadt/Gemeinde	163	6.4
Fehlende Werte	76	2.9
Total	2573	100.0

Diese Auflistung, die auch durch die folgenden Ausführungen gestützt werden wird, zeigt eine deutliche Konzentration der Bürgermeisterinnen auf die lokale Verwaltungsebene im Staatsapparat. Die nachfolgenden Darstellungen sind vor dem Hintergrund dieser Konzentration zu lesen.

Der Anteil der Bürgermeisterinnen von 1989 differiert zwischen den einzelnen Bezirken und den einzelnen Verwaltungsebenen. Spitzenreiter unter den Bezirken (bezogen auf die Gesamtzahl an Bürgermeisterinnen) war der Bezirk Potsdam mit 11,5 Prozent, gefolgt vom Bezirk Cottbus mit 9,4 Prozent und den Bezirken Erfurt und Magdeburg mit jeweils 8,8 Prozent. Das Schlußlicht bildeten die Bezirke Rostock und Suhl mit 4,5 Prozent bzw. 4,3 Prozent. Bezogen auf die Anzahl an Bürgermeisterposten innerhalb eines Bezirkes lagen die Bezirke Cottbus und Neubrandenburg an der Spitze mit über 43 Prozent Bürgermeisterinnen, gefolgt vom Bezirk Frankfurt/Oder mit 40 Prozent. Das Ende der Skala bildete hierbei der Bezirk Dresden mit 27 Prozent Bürgermeisterinnen. In Berlin, das als Sitz der Regierung und Partei das räumlich-strukturelle Zentrum der Macht bildete, war 1989 keine Frau

17 Die genannten Datenspeicher des Bundesarchivs Koblenz wurden am Institut für Soziologie der Universität Jena (H. Best/S. Hornbostel) aufbereitet und für das vorliegende Projekt zur Verfügung gestellt. Siehe zum Kaderdatenspeicher: Roß, „Karrieren auf der Lochkarte“.

18 Zum Nomenklatursystem der DDR siehe: Matthias Wagner, Ab morgen bist du Direktor: Das System der Nomenklaturkader in der DDR, Berlin 1998, ders.: Gerüst der Macht. Das Kadernomenklatursystem als Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: Bauerkämper u. a., Gesellschaft ohne Eliten, S. 87–108.

auf einem Posten als 1. Bürgermeisterin zu finden. Das räumliche Verteilungsmuster zeigt demnach um das Machtzentrum Berlin mit „0 Prozent“ Bürgermeisterinnen einen Gürtel von Bezirken, in denen der Anteil an Bürgermeisterinnen mit um die 40 Prozent am oberen Ende der Anteilsskala liegt, während die außerhalb dieses Gürtels liegenden Bezirke einen rund 10 Prozentpunkte niedrigeren Anteilswert aufweisen.

Während auf der Bezirksebene nahezu keine Frauen in dieser Position zu finden sind, steigt ihr Anteil, je kleiner die Anzahl an Einwohnern in ihrem Zuständigkeitsbereich wird. In Gemeinden unter 6 000 Einwohnern erreichte ihr Anteil mit nahezu 32 Prozent (im Republikdurchschnitt) den höchsten Wert. Der größte Anteil liegt jedoch in den Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. Dies zeigt die folgende von der Verfasserin unter Einbezug von Archivmaterial errechnete Tabelle, die den Anteil der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen für die Jahre 1984 und 1987 bezogen auf die Gemeindegröße thematisiert.<sup>19</sup>

Tabelle 2

**Anteil der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen bezogen auf die Gemeindegröße 1984 und 1987**

Einwohnerzahl	1984		1984		1987		1987	
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	freq.	Perc.	freq.	perc.	freq.	perc.	freq.	perc.
>=20.000	5	5.7	82	94.3	7	7.9	82	92.1
10.000–20.000	6	5.6	101	94.4	5	4.7	101	95.3
5.000–10.000	12	6.8	164	93.2	13	7.6	158	92.4
3.000–5.000	39	14.4	232	85.6	44	16.1	229	83.9
2.000–3.000	44	12.7	302	87.3	48	14.4	285	85.6
1.000–2.000	217	20.5	841	79.5	232	22.0	823	78.0
500–1.000	506	25.6	1470	74.4	531	27.6	1393	72.4
200–500	1017	37.3	1710	62.7	1060	38.2	1715	61.8
<= 200	354	50.6	346	49.4	396	51.2	377	48.8

1989 waren die 2 573 Bürgermeisterinnen der DDR durchschnittlich 40 Jahre alt, wobei rund 10 Prozent unter 30 Jahre und rund 6 Prozent über 55 Jahre alt waren. Die jüngste Bürgermeisterin war 20, die älteste 69 Jahre alt. Der Altersschwerpunkt liegt zwischen 30 und 40 Jahren, rund 40 Prozent der Bürgermeisterinnen fallen in dieses Altersintervall, d. h. weisen einen Geburtsjahrgang zwischen 1949 und 1959 auf. Die Majorität gehört also zu jener dritten Generation von Frauen, für die lebenslange Berufsarbeit selbstverständlicher Bestandteil auch des weiblichen Lebensverlaufs war.

Nahezu 60 Prozent der Bürgermeisterinnen beendete ihre Schulkarriere mit Abschluß der 10. Klasse, rund ein Viertel mit Abschluß der 8. Klasse. Rund 12 Prozent schlossen die 12. Klasse der Erweiterten Oberschule (EOS) ab und 3.5 Prozent absolvierten eine Berufsausbildung mit Abitur. Die Bürgermeisterinnen weisen einen deutlich höheren Bildungsgrad auf als die weibliche Bevölkerung der DDR insgesamt. Der Sozialreport '90 zeigt (allerdings auf Grundlage der Volkszählung von 1981), daß rund 60 Prozent aller Frauen die

<sup>19</sup> SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2.042/46.

Schule mit der 8. Klasse, rund 28 Prozent mit der 10. Klasse und lediglich rund 6 Prozent entweder EOS oder eine Berufsbildung mit Abitur abschlossen.<sup>20</sup> Eine höhere allgemeinbildende Qualifikation schien demnach ein Rekrutierungsfaktor für diese lokale Führungsposition gewesen zu sein.<sup>21</sup>

Über 80 Prozent der Bürgermeisterinnen waren verheiratet, nahezu zehn Prozent geschieden und nur sechs Prozent ledig. Im Vergleich hierzu weist die Variable Familienstand in der Gesamtbevölkerung deutlich andere Werte auf. So waren laut Statistischem Jahrbuch der DDR von 1989 rund 65 Prozent der Gesamtbevölkerung verheiratet (berechnet für die über 18 Jahre alten Einwohner), rund sieben Prozent waren geschieden und 18 Prozent der über 18-jährigen waren ledig (Restsumme: verwitwet sowie jünger als 18 Jahre).<sup>22</sup> Differenziert hinsichtlich der Geschlechter zeigen sich für die über 18 Jahre alten Männer und Frauen folgende Werte:

Tabelle 3

**Familienstand der erwachsenen Bevölkerung 1989**

	<i>Verheiratet</i>	<i>Geschieden</i>	<i>Ledig</i>
Frauen	59.8%	8.5%	15.3%
Männer	68.9%	6.2%	21.8%

Es zeigt sich eine deutliche Abweichung im Familienstatus der Bürgermeisterinnen sowohl in Bezug auf die Verheirateten als auch der Ledigen. Eine rund 20 Prozent höhere Verheiratetenquote als in der weiblichen Bevölkerung generell deutet darauf hin, daß der Familienstand möglicherweise ein Rekrutierungsfaktor für das Bürgermeisterinnenamt gewesen ist. Dieser Umstand, der noch anhand der männlichen Kollegen überprüft werden müßte, ist insofern bemerkenswert, als hier eine Parallelität zu Rekrutierungsmustern der politischen Elite der deutschen Arbeiterbewegung (gemeint sind die Parlamentarier auf Reichs- und Länderebene) des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts aufscheint: auch dort war das Kriterium „verheiratet sein“ ein dominanter Faktor bei der Rekrutierung in eine Eliteposition.<sup>23</sup> Hierbei wirkten u. a. zwei Faktoren: zum einen entlastete der Ehepartner den Funktioninhaber bei der Bewältigung der alltäglichen Aufgaben und Pflichten und zum anderen wurden mit dem Verheirateten-Status Werte wie Seßhaftigkeit, Verantwortlichkeit und „Ehrbarkeit“ verbunden. Es würde sicherlich zu weit greifen, diese Faktoren und Werte ohne weiteres auf die Verhältnisse in der DDR zu übertragen. Interessanterweise trifft – wie durch die Interviews mit Frauen in Bürgermeisterinnenpositionen deutlich transparent wurde – zumindest der erste Faktor auch für sie zu: oftmals übernahmen der Ehepartner und weitere Familienangehörige familiäre Pflichten wie Kindererziehung, Einkauf und

20 Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S. 64.

21 Um zu einer weitergehenden Interpretation zu gelangen, muß ein Vergleich dieser Angaben mit den (männlichen) Bürgermeistern erfolgen.

22 Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1989, S. 365.

23 Vgl. hierzu Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933: Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S. 72f.

Haushalt in stärkerem Maße, als dies aus Untersuchungen zu Haushalt und Freizeitverhalten für Familien, in denen kein Ehepartner eine Führungsposition innehatte, bekannt ist.<sup>24</sup> Dies unterstreichen eine in der DDR-Frauenzeitschrift „Für Dich“ häufig anzutreffende Denkfikur („wenn mein Mann nicht soviel Verständnis hätte“) ebenso wie die Aussagen der Interviewpartnerinnen: „*Mein Mann hat ziemlich altmodische Ansichten, also da ist es nicht so, daß ich jeden zweiten Tag zur Versammlung rennen konnte, also das würde er absolut nicht mitmachen. [...] wenn nicht noch Schwiegermutter hier wohnen würde, ja dann würde das hier, weiß ich nicht...*“. Oder: „*ich hab zwei Söhne, naja, ich muß Ihnen sagen, wenn ich damals meine Mutter nicht gehabt hätte, die ganze Familie versorgen, das hätte man als Frau nicht packen können.*“ Diese letzten Aussagen verdeutlichen jedoch ebenfalls, daß es auch Ende der achtziger Jahre nach wie vor nicht selbstverständlich war, daß Frauen Führungspositionen übernahmen – sowohl innergesellschaftlich als auch innerfamiliär. So mußten sich die Frauen oftmals auch Vorwürfe gefallen lassen, wie z. B. „*und nun haben sie schon immer gesagt, ich bin 'ne Rabenmutter, weil ich so wenig Zeit hatte für meine Kinder.*“

Zirka 44 Prozent der Bürgermeisterinnen hatten 1989 zwei Kinder, weitere 25 Prozent je ein Kind, immerhin ca. 15 Prozent hatten drei Kinder, 5 Prozent vier Kinder. Nur 10 Prozent der Bürgermeisterinnen war nicht oder noch nicht Mutter geworden. Auch wenn man im Sinne einer Vergleichbarkeit mit den allgemeinen Bevölkerungsangaben die Altersstruktur der Bürgermeisterinnen beachten muß, so läßt sich doch auf den ersten Blick erkennen, daß sich die relativen Anteile für ein oder zwei Kinder umgekehrt gestalten als in der Gesamtbevölkerung. Dort überwiegt die Familie (verheiratete Eltern und alleinerziehende Elternteile) mit einem Kind (50,1 Prozent), rund zehn Prozent weniger hatten zwei Kinder und nur acht Prozent hatten drei und mehr Kinder.<sup>25</sup> Offensichtlich ließ sich der Beruf einer Bürgermeisterin einerseits in zeitlicher Hinsicht mit einer größeren Familie verbinden und bot andererseits auch die finanziellen Voraussetzungen hierfür. So äußerten die Interviewpartnerinnen, daß trotz des – je nach unterschiedlicher Gemeindegröße differierenden – Arbeitsaufwandes eine relativ freie Arbeitszeit bestand, abgesehen von den ihnen natürlich auch zustehenden Möglichkeiten wie Babyjahr etc.: „*man konnte sich die Arbeit gut einteilen, das war nicht so, daß man pünktlich um sieben da sein mußte [...] Wenn einer [von den Söhnen, S. R.] mal krank war, dann ist man halt zu Hause geblieben, deswegen stürzt das Dorf auch nicht ein*“. Diese Situation wird auch transparent, betrachtet man die Anzahl an Bürgermeisterinnen von 1989, die Kinder unter 14 Jahren hatten und damit – trotz gegebener Betreuungseinrichtungen – mehr Zeit aufwenden mußten: dies waren fast 50 Prozent.

Rund 85 Prozent erlernten einen Arbeiter- (60 Prozent) bzw. Angestelltenberuf (25 Prozent) und übten diesen Beruf auch nach Abschluß der beruflichen Ausbildung eine Zeitlang aus. Darunter dominieren (wenn man den Versuch unternimmt, aus der Vielzahl an erlernten Berufen quantitativ starke Kategorien herauszufiltern) Berufe aus dem Bereich Agrarproduktion, Gesundheitswesen und Kinderversorgung, kaufmännische Berufe und Berufe aus dem Textilbereich. Es überwogen somit Berufsfelder, die traditionell weiblich dominiert waren und sind. Die Mehrzahl der Bürgermeisterinnen absolvierte ihre Ausbildung dabei in

---

24 Winkler, Sozialreport '90, S. 271–273. Demnach lag etwa zwei Drittel der Hausarbeit in Händen der Frauen; gleichwohl waren nach eigenen Äußerungen über 60 Prozent damit zufrieden und einverstanden.

25 Ebd., S. 264, Gunnar Winkler (Hg.), Frauenreport '90, Berlin 1990, S. 103.

Bildungseinrichtungen der jeweiligen Berufssparten. Im weiteren beruflichen Verlauf besuchten nahezu 97 Prozent der Bürgermeisterinnen von 1989 eine Fachschule (94 Prozent) oder Hochschule (3 Prozent) und wurden beispielsweise Agrarökonomin oder Handelsökonomin. Als Studienform wählte hierbei die Mehrheit zunächst ein Direktstudium, während in der weiteren beruflichen Karriere Fernstudiengänge dominierten, die häufig mit dem akademischen Grad einer Gesellschaftswissenschaftlerin oder Staatswissenschaftlerin abgeschlossen wurden. Im Verlauf der beruflichen Karriere erfolgte dann auch zunehmend der Einsatz in Funktionen, die der Ausbildung und Qualifikation entsprachen (Anteilswert steigt von rund 22 Prozent auf über 70 Prozent).

Sobald bekannt war, daß ein Posten vakant werden würde, wurde bereits ein neuer Kandidat bestimmt. Dieser arbeitete dann bereits in der Gemeinde bzw. im entsprechenden Kreis mit, um sich so die notwendigen Kenntnisse über die Verhältnisse in der Gemeinde bereits anzueignen. In diese Zeit fiel dann meist auch der Besuch eines sechswöchigen Lehrgangs an einer „Bürgermeisterschule“, in welchem die „Neulinge“ in Kommunalpolitik und den damit zusammenhängenden Aufgaben und Pflichten ihres neuen Amtes unterrichtet wurden. Vor und während ihrer Amtszeit nahmen die Bürgermeisterinnen über einen Zeitraum von einem Jahr einmal wöchentlich an einer Parteischulung teil, die auch von Parteimitgliedern besucht wurde, die für eine spätere Position in der LPG o. ä. vorgesehen waren. Diese Parteischulung erfolgte in der jeweiligen Kreisstadt.

Durchschnittlich übten die Bürgermeisterinnen des Jahres 1989 ihre Position seit 7,5 Jahren aus, wobei eine Gesamtspanne von 36 Jahren der Verteilung auf eine eher heterogene Struktur dieses Merkmals hinweist: eine Frau weilte bereits seit 37 Jahren in ihrem Amt und 472 (18 Prozent) erst seit rund einem Jahr. Sie gelangten demnach in die Bürgermeisterposition mit Mitte 20 bis Mitte 30, der Schwerpunkt liegt bei rund 32 Jahren zum Zeitpunkt des Funktionsantritts. Dies deutet zwar darauf hin, daß diese Position quasi einen Einstieg in eine weitere berufliche Karriere bedeutete. Das relativ hohe Einstiegsalter und die lange Verweildauer bestätigen jedoch, daß die vorgesehene Karriere mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in die höchsten Ämter führen sollte. Die Erkenntnisse aus den Interviews zeigen, daß Frauen tendenziell länger in ihren Funktionen verweilten als ihre männlichen Kollegen. Demnach scheinen die Faktoren „Seßhaftigkeit“, „Gebundenheit“ etc. auch eine Rolle bei der Auswahl der Frauen für diese lokalen Führungspositionen gespielt zu haben. So äußerte sich eine Interviewpartnerin dahingehend, daß sie größere Probleme hatte, sich in „ihrer“ Gemeinde durchzusetzen, da sie – zusätzlich zu ihrem sehr jungen Alter – nicht aus der Gemeinde stammte, sondern über private Kontakte zur Gemeinde gekommen war. Die weiteren Interviewpartnerinnen entstammten alle der Gemeinde, die sie als Bürgermeisterin leiteten und verfügten über langjährige Kontakte, Verbindungen und vor allem auch über Netzwerke, die, wie bereits dargestellt, in der alltäglichen Praxis äußerst wichtig waren zur Erfüllung von Bürgerwünschen und Parteivorgaben. „*Dadurch, daß ich hier so lange gewohnt habe, wußt' ich doch genau, wo was fehlt, [...] Wohnungen, Wasser und Weg.*“

Der Vergleich der Merkmale ‚regionale Herkunft‘, ‚Einstiegsalter‘ und ‚Verweildauer‘ in der jetzigen Funktion‘ in bezug auf die Geschlechter wird sicherlich interessant sein. Es ist zu erwarten, daß die Männer einerseits weniger oft in ihren Heimatgemeinden als Bürgermeister tätig waren und durchschnittlich jünger in diese Funktion gelangten sowie andererseits jedoch eine durchschnittlich kürzere Verweildauer in dieser Funktion aufweisen. Dies deuten zumindest die aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse an: demnach war es bis in die siebziger Jahre hinein „üblich“ (jenseits der „Arbeiter-auf-das-Land-Bewegung“),

Kader mit Hochschul- und Fachschulabschluß in die Gemeinden auf die Bürgermeisterämter zu entsenden. Sie verweilten dort jedoch nur kurz – mit dem Ergebnis, daß in den Gemeinden die Bürgermeister ständig wechselten. So hatte eine Bürgermeisterin bereits 31 männliche Vorgänger, sie war die erste Bürgermeisterin einer Gemeinde im Bezirk Frankfurt/Oder, die meisten der vor ihr agierenden männlichen Kollegen waren nur kurze Zeit im Amt, weil sie, so die Interviewte „meistens aus Berlin [kamen], ein Jahr, Doktor, weil 'se nichts bewegt haben'“. Sie selbst war dann bis zu ihrem Ausscheiden aus Altersgründen für 16 Jahre Bürgermeisterin. Weitere Analysen werden hierzu durchgeführt werden müssen, um diese Hypothesen zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden bzgl. der Verweildauer und der regionalen Herkunft empirisch zu untersuchen.<sup>26</sup>

Über 77 Prozent der Bürgermeisterinnen waren 1989 Mitglied der SED, rund 21 Prozent gehörten einer der Blockparteien an und nur zwei Prozent waren parteilos.

Tabelle 4

**Parteizugehörigkeit der Bürgermeisterinnen 1989**

	<i>Anzahl</i>	<i>Prozent</i>
SED	1993	77.5%
DBD	243	9.4%
CDU	152	5.9%
LDPD	83	3.2%
NDPD	56	2.2%
Parteilos	46	1.8%
Total	2573	100%

Für die Besetzung der Bürgermeisterposten gab es parteipolitische Quotenvorgaben, die es in jedem Fall zu erfüllen galt. So berichtete eine ehemalige Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde im Bezirk Frankfurt/Oder: „Dann gab es noch das Problem, daß ich nicht in der Partei war [...]. Dann gab es ja damals [1986] auch noch diesen Stop für Angestellte. Angestellte durften ja nicht mehr in die SED, die wollten ja immer Arbeiter haben. Und dann hat man das halt so hingemogelt, daß ich einen Monat in der LPG gearbeitet habe, aber eben bloß auf dem Papier, und dann in der Zeit in die Partei eintrete.“

Über 80 Prozent der Bürgermeisterinnen waren Mitglied im FDGB, rund die Hälfte ebenfalls im DFD. Im Vergleich zur weiblichen Gesamtbevölkerung zeigen diese Werte eine umgekehrte Rangordnung: von den weiblichen Berufstätigen der Gesamtbevölkerung waren ca. 74 Prozent im DFD organisiert und ca. 53 Prozent im FDGB.<sup>27</sup> Dies deutet auf die berufliche Herkunft der Bürgermeisterinnen hin, die in ihrer großen Mehrheit – wie bereits dargestellt – einen Arbeiterberuf erlernt und zunächst auch ausgeübt hatten.

Müßte man aus dem vorliegenden Zahlenmaterial nach den ersten Analysen eine „typische Bürgermeisterin“ des Jahres 1989 und ihren beruflichen Werdegang bis zum Bür-

26 In einer Arbeitsberatung der 2. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen mit der Abteilung Frauen und der Abteilung Kaderfragen des ZK der SED im Oktober 1988 äußerte sich der 2. Sekretär von Leipzig in diesem Sinne. Frauen müßten sich wesentlich länger als Männer in einer Funktion bewähren, bevor sie aufsteigen könnten. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2.042/47.

27 BA, DE 2/20191/0012850.

germeisterinnenamt konstruieren, so würde diese bzw. dieser sich wie folgt darstellen: sie entstammte von ihrer sozialen Herkunft her dem Arbeitermilieu (mit allen ideologischen Implikationen, die diese Klassifizierung bedeutet), hatte die 10.Schulklasse absolviert, einen Arbeiterberuf erlernt und zunächst auch ausgeübt, war verheiratet und hatte zwei Kinder, absolvierte ein Fachschulstudium und mindestens eine Weiterbildungsmaßnahme, wurde oftmals Gesellschafts- oder Staatswissenschaftlerin, war Mitglied der SED, des FDGB und des DFD, gelangte mit rund 30 Jahren in das Amt der Bürgermeisterin in einer kleineren Gemeinde (unter 1000 Einwohner) und übte dieses seit rund sieben Jahren aus.

## 5. Aufstiegshindernisse

Über die Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in leitenden Positionen in der DDR trotz gesetzgeberischer Vorgaben, Qualifizierungsoffensiven für Frauen, Frauenförderplänen etc. ist bekanntermaßen bereits viel geforscht und geschrieben worden. Als Hauptgründe werden neben den nach wie vor wirksamen Geschlechtsrollenmustern die Segmentierung des Arbeits„marktes“ und die trotz zahlreicher sozialpolitischer Maßnahmen bestehende Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Familie genannt – also sowohl strukturelle Gründe als auch Ursachen, die in den Frauen – deren Selbstbildern und Einstellungen zu Beruf und beruflichem Aufstieg – begründet liegen.<sup>28</sup> Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, daß sowohl die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes, die eine vertikale, aber auch eine horizontale Segmentierung beinhaltete als auch deren ständige Reproduktion Ergebnisse der historisch entstandenen geschlechtshierarchischen Organisation und Verteilung von Arbeit sind.<sup>29</sup> Als typische Schwellen werden hierbei genannt: Generierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch bestimmte Sozialisationsmuster; Konzentration der Frauen auf Frauenberufe, trotz sich ständig angleichender – d. h. sich erhöhender – Bildungsabschlüsse; Vorhandensein von „wenigen“ – frauenspezifischen – Einstiegsberufen für Frauen nach Abschluß der Ausbildung; zuneh-

---

28 Von den zahlreichen Untersuchungen seien hier stellvertretend genannt: Gertrud Pfister, Die Grenzen der Emanzipation – Aufstiegsbarrieren für Frauen in der DDR, in: Dieter Voigt, (Hg.), *Elite in Wissenschaft und Politik: Empirische Untersuchungen und theoretische Ansätze*, Berlin 1987, S. 211–237; Gertrud Pfister, Über den Zusammenhang von beruflicher Karriere und Macht in der DDR oder: Wie gehen Frauen mit Macht um?, in: Magdalene Deters/Susanne Weigandt (Hg.), *Fremdbestimmt. Selbstbestimmt?*, Berlin 1987, S. 33–43; Christiane Lemke, Frauen in leitenden Funktionen. Probleme der Frauenpolitik in der DDR, in: *Deutschland Archiv (DA)* 14, 1981, S. 970–976; Ute Gerhard, Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 383–403; Magdalene Deters/Susanne Weigandt, *Selbstbilder karriereorientierter Frauen. Bundesrepublik Deutschland und DDR im Vergleich*, in: Dieter Voigt (Hg.), *Qualifikationsprozesse und Arbeitssituation von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR*, Berlin 1989, S. 159–174; Claudia Bernadoni/Vera Werner, Erfolg statt Karriere. Einstellungen erfolgsorientierter Frauen zum beruflichen Aufstieg, in: dies. (Hg.), *Ohne Seil und Haken. Frauen auf dem Weg nach oben*, Bonn 1987, S. 89–169 (dort auch jeweils weiterführende Literatur).

29 Ursula Beer/Marianne Weg, Nicht nur die Hälfte des Himmels: Strukturbedingungen ungleicher Aufstiegschancen für Frauen im Beruf und Strategien zur Veränderung, in: Bernadoni/Werner, *Ohne Seil und Haken*, S. 201–257, hier S. 213.

mende Verdrängung der Frauen durch Männer; Abweichung der weiblichen Biographie von der männlichen „Normalbiographie“ – faktische bzw. antizipierte Mutterschaft. Interessanterweise gelten die meisten dieser Indikatoren, die für die westdeutsche Gesellschaft und Arbeitsbereiche konstatiert wurden, in Modifikationen auch für die Situation von Frauen in der DDR. Obwohl dort staatlicherseits bereits früh an der Beseitigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gearbeitet wurde, führte dies nicht zur gleichberechtigten Teilhabe am Arbeits-, „markt“, weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht. Auch in der DDR waren bestimmte Berufsfelder typischerweise mit Frauen besetzt, und andere blieben ihnen so gut wie verschlossen. Trotz der verordneten Öffnung von traditionellen Männerberufen in den sechziger/siebziger Jahren erreichte der Frauenanteil hier bis zum Ende der DDR nur eine marginale Größe.

Auch in der DDR bildete das Thema „Frauen und Führungspositionen“ – wie man vielleicht annehmen könnte – kein Tabu. Dies zeigt sich einerseits in immer wiederkehrenden Umfragen und Auswertungen in den Zeitschriften der DDR (vor allem der „Für Dich“), die diese Tatsache beschreiben und Erklärungs- und Lösungsansätze zu finden versuchen. Andererseits war dieses Problem aber auch immer wieder Gegenstand innerparteilicher Diskussionen. Noch im Oktober 1988 wird in einer Studie der Abteilung Frauen des ZK der SED mit dem Titel „Information über Ergebnisse und Erfahrungen bei der Auswahl, Vorbereitung und dem Einsatz von Frauen in leitenden Funktionen in Staatsorganen und ausgewählten Kombinatensowie Schlußfolgerungen für die Qualifizierung der staatlichen Leitungstätigkeit“<sup>30</sup> das Thema der Unterrepräsentanz von Frauen in Leitungsfunktionen detailliert untersucht. Als Ursachen nennt diese Studie folgende Kriterien und Umstände:

„Der hohe Qualifikationsstand der Frauen in den Staatsorganen und in der Wirtschaft wird nicht in einer analogen Erhöhung des Anteils von Frauen in Leitungsfunktionen sichtbar. Folgende Ursachen zeigen sich:

- Noch zu wenig wird durch die Leiter die Entwicklung und der Einsatz von Frauen in Leitungsfunktionen als eine politische Aufgabe ersten Ranges erkannt. Vielfach begreifen sie nicht, daß die bessere Nutzung des Leistungs- und Bildungspotentials der Frauen keine Ermessensfrage, sondern ein objektives Erfordernis ist. Es gibt auf diesem Gebiet ernste Versäumnisse in der Leitungstätigkeit sowie unzureichende Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Vorbehalten, die dem Einsatz von Frauen entgegenstehen. So geben sich die Leiter mit einer Vielzahl von Frauen in unteren und mittleren Funktionen zufrieden, obwohl in den Beschlüssen des ZK der SED und des Ministerrats verstärkt der Einsatz von Frauen in leitende Funktionen gefordert wird.
- Ideologische Vorbehalte zum Einsatz von Frauen richten sich vor allem auf Frauen mit kleinen Kindern. Nur in Ausnahmefällen werden durch staatliche Leiter diese Frauen gefördert und motiviert. Auch werden solchen jungen Müttern nicht in genügendem Maße die erforderlichen Bedingungen zur Ausübung einer leitenden Funktion geschaffen.
- Die genaue Kenntnis der Kader ist bei vielen Leitern ungenügend vorhanden. Begründet wird das oft mit Überlastung durch andere staatliche Aufgaben.
- Frauen, die nicht bereit sind, auf Grund der familiären Situation sofort eine leitende Funktion zu übernehmen, werden oftmals von einer weiteren Entwicklung ausgeschlossen. Die Untersuchungen und Aussprachen haben gezeigt, daß Mutterschaft und familiäre Belange für die Mehrheit der berufstätigen Frauen kein Hindernis für die Ausübung

---

30 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2.042/46.

einer Leitungsfunktion bilden. Das Haupthindernis sind ideologische Ursachen. Sie zeigen sich vor allem in der noch nicht überwundenen Gewohnheit und Tradition in der Einstellung zur Frau als Leiter.<sup>31</sup>

Diese Vorbehalte und Ursachen für den zögerlichen Einsatz von Frauen in leitende Positionen galten auch für den Einsatz von Frauen in ein Bürgermeisterinnenamt. So beschreibt ein Bericht der Kaderabteilung des Bezirkes Suhl ebenfalls aus dem Jahre 1988: „Gute Ergebnisse beim Einsatz von Frauen als Bürgermeister konnten dort erreicht werden, wo die Räte der Kreise

- das große Potential politisch und fachlich qualifizierter Frauen im Territorium genutzt haben,
- Vorbehalte zum Einsatz von Frauen als Bürgermeister überwunden haben und bereit waren, den Frauen größere Verantwortung zu übertragen,
- die Hilfe und Unterstützung gegenüber den Bürgermeisterinnen so organisieren, daß sie den besonderen Bedingungen der Frauen im Beruf und in der Familie Rechnung tragen.“<sup>32</sup>

Als Haupthindernis werden somit ideologische Probleme und Ursachen genannt, die sich auf diverse Vorurteile stützten: Frauen seien generell den physischen und psychischen Belastungen einer Leitertätigkeit nicht gewachsen, hohe Leitungsfunktionen ließen sich noch nicht ausreichend mit Mutterschaft und familiären Pflichten vereinbaren, vor allem junge Frauen seien aus diesem Grund für ein Leitungskollektiv ein zu großer Unsicherheitsfaktor und eine Belastung.

Hinzu komme, so die o. g. Studie der Abteilung Frauen beim ZK der SED jedoch auch eine „mangelnde Grundeinstellungen und Haltungen der Frauen selbst“, „eine gewisse Genügsamkeit mit dem erreichten Leistungs- und Qualifikationsniveau sowie übertriebene, mitunter auch als Vorwand gebrauchte Rücksichten gegenüber der Familie. Nicht selten stellen manche Frauen für ihre eigene Entwicklung von vornherein die Alternative: Entweder Leitungstätigkeit oder Familie, bzw. in Voraussicht dessen, was sie an Belastungen erwartet und im Zweifel, ob der Partner zum Teilen dieser Last bereit ist, begnügen sie sich mit weniger Verantwortung.“<sup>33</sup>

In diesem Zusammenhang werden für diejenigen Frauen, die in den Kreisen, Städten und Gemeinden die Position einer Bürgermeisterin innehatten auch noch „Fragen des sozialen Umfeldes, wie die Betreuung der Kinder, der Anfahrtsweg zur Arbeit sowie der Dienstleistungen eine nicht zu unterschätzende Rolle, eine höhere Leitungsfunktion zu übernehmen“ genannt.<sup>34</sup>

Als schwerwiegendes Hindernis wird in der Studie bemängelt, daß sich anhand der untersuchten Betriebe und Bereiche gezeigt habe, „daß die Kaderarbeit noch zu sehr als die mehr oder weniger alleinige Angelegenheit der Kaderleiter und ihrer Mitarbeiter ist, jedoch weniger der Leiter selbst. Beträchtliche Niveauunterschiede in der inhaltlichen Ausgestaltung der Kaderprogramme sowie der Frauenförderungspläne und ihrer oftmals formalen Handhabung haben im wesentlichen hier ihre Ursachen. Relativ viele weibliche Hoch- und Fachschul kader machten aufgrund schlechter Erfahrungen keinen Hehl aus ihrer Meinung, daß

---

31 Ebd.

32 BA, DC 20, Pers. 37.

33 SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2.042/46.

34 Ebd.

sie Frauenförderungspläne kaum als nutzbringende Unterstützung für ihre systematische berufliche Entwicklung ansehen.“<sup>35</sup>

All diese Zitate verdeutlichen eine Reihe von Faktoren, die den Karriereweg von Frauen begleiteten. Interessant daran ist, daß kein Hehl daraus gemacht wurde, Frauen im Berufsleben zu benachteiligen – entgegen den Vorgaben der Partei. Interessant ist ebenfalls, daß laut der für die genannte Studie durchgeführten Umfrage eine große Anzahl von Frauen den Willen kundtat, „sich auf der Grundlage der allgemein erreichten besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft den höheren Anforderungen zu stellen und Leitungsverantwortung zu tragen“.<sup>36</sup>

Trotz dieses Umfrageergebnisses wird durch die Selbstaussagen der ehemaligen Bürgermeisterinnen oftmals der Eindruck vermittelt, als seien sie wie die „Jungfrau zum Kinde“ zu ihrem Amt respektive ihrer Funktion gekommen. In der Eigenwahrnehmung haben diese Frauen selbst nicht aktiv daran mitgewirkt, um in die Funktion zu gelangen. Hierin spiegelt sich das Kadersystem in aller Deutlichkeit wider. Die Führungsgruppen der DDR waren in ein umfassendes System der Kaderplanung eingebunden. Der Einsatz von Personen für Führungspositionen vollzog sich nicht – wie eingangs bereits dargestellt – mittels Konkurrenz, sondern wurde „plangesteuert in einem zentralisierten und diskreten Prozeß der Designation, Delegation und Kooptation. Dabei kamen aus der Sicht des Regimes unterschiedliche und zumindest potentiell widersprüchliche Zielvorgaben zur Geltung, wie etwa die qualifikationsgerechte Allokation von Humankapital, die Wahrung von Loyalitäts- und Sicherheitserfordernissen, meritokratische Gratifikationen und – last not least – allgemeine gesellschaftspolitische Gestaltungsvorgaben, wie ‚Höherentwicklung und Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse‘, ‚Annäherung der Klassen und Schichten‘ und ‚Abbau der sozialen Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen‘.“<sup>37</sup>

Interessant ist jedoch, daß die SED es nicht vermochte, ihre zahlreichen Gesetze und Richtlinien zur Förderung von Frauen für Leitungspositionen umzusetzen. Das führt zur Frage, ob es tatsächlich ihr Ziel war, Frauen verstärkt in Führungspositionen einzusetzen und die damit verbundenen Konsequenzen für die Familie und damit die Gesellschaftsstruktur in Kauf zu nehmen. Hier kommt vielleicht der in der Frauen- und Geschlechterforschung thematisierte „Patriarchalismus“ zutage, der auch im Staatssozialismus trotz Gleichheitspostulaten bestand.<sup>38</sup> Die obersten Führungsetagen waren auch in der DDR nahezu durchweg mit Männern besetzt (lediglich drei Ministerinnen gab es im Verlauf der DDR: Hilde Benjamin, Margarethe Witkowsky, Margot Honecker), dies brachte es auch mit sich, daß es keine Lobby für Frauen gab, keine Netzwerke, die ihren beruflichen Aufstieg hätten befördern können.<sup>39</sup>

---

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Heinrich Best/Stefan Hornbostel, Prozeß-produzierte Daten als empirisches Material für eine Soziologie des realen Sozialismus. Das Beispiel der Kaderdatenspeicher des Ministerrates der DDR, in: GESIS et. a. (Hg.), Grundlagen für die Erforschung der DDR-Gesellschaft, Berlin 1998, S. 201–222, hier S. 207.

38 Hierzu u. a.: Irene Dölling, Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften.

39 Eine Diskussion, die auch gegenwärtig wieder die Gemüter erhitzt. Siehe hierzu die Debatte in der Öffentlichkeit und in den Parteien des Deutschen Bundestags zur Besetzung der Funktion des Bundestagspräsidenten.

## 6. Zusammenfassung

Offensichtlich stellte der Bürgermeisterposten eine Position dar, die einerseits – zugespitzt formuliert – mit einem so geringen Grad an Macht, Einfluß und Handlungsspielraum ausgestattet war, daß es Frauen eher möglich war, diese Position zu erlangen als höhere Positionen im Verwaltungsapparat. Andererseits, so eine erste Hypothese, verlangte diese Position jedoch gerade „weibliche“ Kompetenzen und Qualitäten, wie soziales Engagement, Fürsorglichkeit und Kommunikationsfähigkeit. Gerade letzteres äußerten die interviewten Frauen häufig; sie sahen hierin das dominante Kriterium, das für ihre Rekrutierung in genau diese Position ausschlaggebend war. Auch wenn die Führungspositionen in den örtlichen Staatsorganen nicht mit einer Machtfülle ausgestattet war, die weitreichenden subjektiven Handlungsspielraum bot (welche Positionen gab es in diesem Sinne in der DDR?), ist H. Wollmann zuzustimmen, der pointiert formuliert, daß die Kommunen in der DDR zwar an einem „zentralistischen Gängelband“ geführt wurden, jedoch andererseits die wichtige Aufgabe hatten, „unter den Restriktionen der realsozialistischen Mangelverwaltung für die Erbringung lokaler Versorgungsleistungen zu sorgen und als ‚legitimierender Puffer‘ zu dienen“.<sup>40</sup> An dieser Scharnierstelle zwischen den Vorgaben von oben und den Forderungen oder auch Wünschen der Einwohner („wenn mein Ofen nicht repariert wird, gehe ich nicht zur Wahl“) konnten o. g. Eigenschaften und Kompetenzen einer Amtsübernahme dienlich sein. Auch die höhere Selbsthaftigkeit von Frauen aufgrund von Kindern und bestehenden sozialen Netzwerken mag ein förderndes Kriterium gewesen sein, nachdem der Versuch scheiterte, nicht aus der Gemeinde stammende Bürgermeister in diese zu implantieren.

Auch wenn Frauen in diese Position – verglichen mit den anderen Führungspositionen – verhältnismäßig häufig aufsteigen konnten, war ihre tägliche Arbeit nicht frei von Problemen. Dies wird auch anhand der Interviews mit Bürgermeisterinnen der achtziger Jahre und von Filmmaterial aus den fünfziger Jahren deutlich, die sich in frappierender Weise decken und damit eine beträchtliche Stagnation in dieser Hinsicht bezeugen. Vor allem die jüngeren Interviewpartnerinnen schilderten ähnliche Vorbehalte, die ihnen vor allem von männlichen und älteren Bevölkerungsteilen der Gemeinden entgegentraten. Sie galten als zu jung für diese Aufgabe, ihnen wurde unterstellt, sie würden ihre Familie und vor allem die Kinder vernachlässigen, und nicht zuletzt wurde ihnen Überheblichkeit vorgeworfen. Auch die Aufgabengebiete scheinen sich in der Zeit von den fünfziger bis Ende der achtziger Jahre nur wenig geändert zu haben. Hauptsächlich waren es Tätigkeiten und Zuständigkeiten, die sich auf den sozialen Bereich des Lebens erstreckten (Sorge für ältere Menschen und kinderreiche Familien, Bau von Schulen und Kinderkrippen usw.). Auch die Probleme, mit denen die Einwohner der Gemeinden – ersichtlich im Film wie auch bei den Interviewpartnerinnen – an die Bürgermeisterinnen herantraten, gehörten in diesen Bereich: da ging es um Ehestreitigkeiten, Probleme mit den Kindern etc. Hierbei trat immer auch eine generationenspezifische Sichtweise innerhalb der Bevölkerung in Bezug auf die Bürgermeisterinnen zutage. Vor allem die jüngeren Gemeindemitglieder fanden es selbstverständlich, daß eine Frau die Geschicke der Gemeinde in Händen hielt, wohingegen sich bei älteren Gemeindemitgliedern die Existenz von Ressentiments zeigte. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt die Tatsache wider, daß es für die dritte Generation der Frauen nahezu normal war, wenn

---

40 Wollmann, Transformation der ostdeutschen Kommunalstrukturen, S. 264.

Frauen am Erwerbsleben teilnahmen und auch Verantwortung in Leitungspositionen übernahmen. Man kann davon ausgehen, daß der männliche Teil dieser „Enkelgeneration“ diese Einstellungen ebenfalls mehrheitlich teilte.

Diese ersten Befunde deuten jedoch bereits darauf hin, daß es – wie erwartet – systemspezifische und elitenspezifische (systemunabhängige) Kriterien bei der Rekrutierung gab. Hinzu kamen jedoch – quasi quer dazu – noch geschlechtsspezifische Kriterien. Es bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten, die Verflechtung und den Grad der Wirksamkeit der einzelnen Kriterien zu beleuchten und damit zu weiteren Aussagen über die Elitenkonstitution und –konstruktion in der DDR zu gelangen – auch und nicht zuletzt unter geschlechtsspezifischem Blickwinkel. Auf der anderen Seite ist bei der Betrachtung von Frauen in Führungspositionen in der DDR jedoch auch der Themenkomplex „Frauen und ihr Umgang mit Macht“ einzubeziehen. „Ich bin da irgendwie so drangekommen“ – ist die meistgebrauchte Formel – auch der Bürgermeisterinnen. Auch wenn es zumeist (männliche) Mentoren waren, die sich für den Einsatz der Frauen in die Führungsposition stark machten, wäre der Einsatz ohne eine fachliche, persönliche und/oder politische Qualifikation und die Bereitschaft seitens der Frauen, Verantwortung und damit Macht zu übernehmen auch im zentralgesteuerten System von Kaderauswahl und –einsatz in der DDR nicht möglich gewesen.